

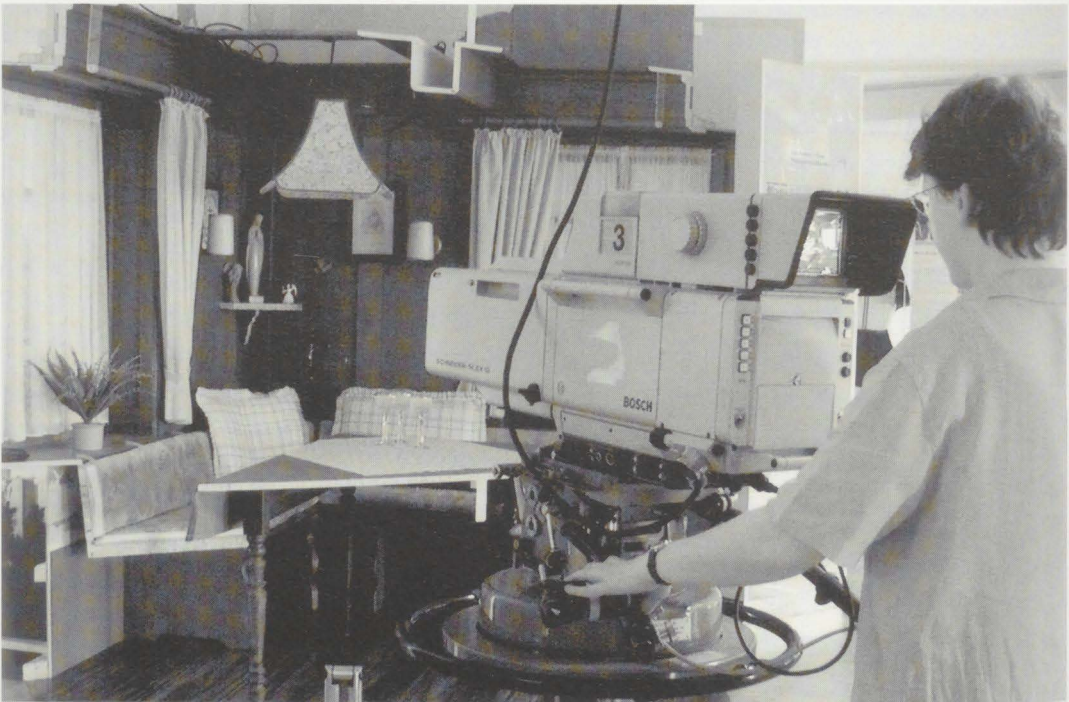
Baden – Vom Freistaat zum Südweststaat

Statt Loslösung nach 1918 später stärkerer Anschluss an Württemberg und Deutschland – Sammelausstellung „Baden und Europa 1918 bis heute“ in Karlsruhe am 21. Juni 2002 eröffnet

Pünktlich zum Sommeranfang am 21.6. 2002 wurde ein weiterer Teil der geplanten Gesamt- und Dauerausstellung „Baden von den Anfängen bis zur Gegenwart“ im Schloss zu Karlsruhe, Sitz des Badischen Landesmuseums, eingeweiht. Der neue Ausstellungsteil mit vielen informativen Schau- und Hinweistafeln zur Geschichte und technisch-zivilisatorischen Entwicklung des Landes – wie auch ein detail seiner Einwohner – beginnt mit dem Schicksalsjahr 1918, als am 9. 11. der Waffenstillstand im Eisenbahnwagen bei Compiègne geschlossen wurde.

ERST ZULETZT FÜHRENDE ROLLE BADENS IM REICH

Erst spät, am 3. 10. 1918, ernannte Kaiser Wilhelm II. in Berlin den Präsidenten des Badischen Herrenhauses Prinz Max von Baden zum neuen Reichskanzler. Prinz Max, Cousin des seit 1907 im Grossherzogtum Baden regierenden Grossherzogs Friedrich II. von Baden, war bekanntermaßen Anhänger eines „Versöhnungsfriedens“ mit den Westalliierten. Doch im Inland hatte die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen



Herrgottswinkel der Fernsehfamilie „Die Fallers“

und sozialen Verhältnissen schon einen Höhepunkt erreicht. Bereits am 7. 11. 1918 wurde in München die bayerische Monarchie gestürzt. Die am 9. 11. verkündete Abdankung des Kaisers in Berlin brachte auch in Karlsruhe bürgerkriegsähnliche Wirren in einem politischen Machtvakuum hervor – wie anno 1870 die „Commune“ in Paris: OB Siegrist hatte in Karlsruhe einen Wohlfahrtsausschuss aus Parteienvertretern des Stadtrats und des Landtags einberufen. Für Baden wurde – wie schon 1849! – eine neue, „Provisorische Regierung“ gebildet, der fünf „Mehrheitssozialisten“ (=SPD), zwei USPD-Minister sowie der spätere Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrumsparterie) angehörten.

Einige Tage später, am 13. 11. 1918, dankte in Zwingenberg am Neckar Großherzog Friedrich II. unter Tränen und mit Segenswünschen für sein Land und seine Bewohner ab. Wer weiß, ob die damaligen politischen Forderungen nicht auch mit dem als liberal bekannten großherzoglichen Haus Baden zu realisieren gewesen wären: Demokratisierung des Landes, Sozialisierung des Wirtschaftslebens und Ausbau des Staates. Noch vor Weimar wählte Baden ein neues Parlament mit einer Beteiligung von 88% der Wähler, die dem Zentrum (36,6%), der SPD (32,1%) sowie der neuen Demokratischen Partei (darin die früheren Nationalliberalen, 25 Sitze) die meisten Stimmen gaben. Eine neue Verfassung für den Freistaat Baden wurde am 13. 4. 1919 dem Volk vorgelegt und von diesem bejaht.

SCHWERE VERSAILLER BÜRDEN AUCH FÜR BADEN

Im neuen Bundesstaat Baden der 1. Deutschen Republik, die sich verschämt hinter dem alten Namen „Deutsches Reich“ verbarg, folgte auf die Spartakisten-Unruhen Anfang 1919 nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 22. 6. 1919 die Umsturzdrohung von rechts. In Mannheim wurde bereits am Vorabend gegen den „Schandvertrag“ demonstriert, es gab 13 Tote und 37 Schwerverletzte. Angenommen wurde der Friedensvertrag von Versailles trotzdem von den Abgeordneten, die eine Besetzung des Landes zu vermeiden suchten.

Doch blieben die Verluste erheblich: Der Hafen von Kehl kam vorläufig an das wieder französisch gewordene Strassburg, das auch die Schifffahrtsverwaltung auf dem Oberrhein von Mannheim erhielt. Die neue Reichsgrenze bildete das badische Rheinufer, ein ca. 50 km breiter Korridor entlang des Rheins bis weit in den Schwarzwald wurde zur „entmilitarisierten Zone“.

Bald kam es zu den Fememorden am Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger und 1922 Aussenminister Walter Rathenau. Vom damaligen Reichskanzler J. Wirth aus Baden stammt das Zitat „Der Feind steht rechts“, das er nach der Ermordung seines Außenministers gebrauchte. Wirth emigrierte nach 1933 in die Schweiz, wurde sogar Schweizerbürger, was ihm aber das Verbot einer politischen Rückkehr nach 1945 durch die Alliierten einbrachte.

Wirtschaftlich ging es in Baden von 1920–30 von wenigen Erholungsphasen abgesehen stark bergab. Rund vier Millionen deutsche Soldaten kehrten binnen drei Wochen nach Hause, wo rasch Massenarbeitslosigkeit grassierte, das Wirtschaftsleben zurückging. Die Inflation von 1923 zerstörte viele Existenzen. Zur Zeit des „Ruhrkampfes“ waren Offenburg, Teile der Ortenau, die Häfen von Karlsruhe-Maxau und Mannheim von französischen Truppen besetzt, die ein knappes Jahr später wieder abzogen. Kehls Besetzung endete erst 1930. Die Zahl der Erwerbstätigen im Reich wie in Baden war rückläufig. Doch besass statistisch rund die Hälfte der Badener 1925 zumindest ein Stückchen Land zur Selbstversorgung. Zwar beschloss der Rat der Volksbeauftragten den 8-Stunden-Tag, andererseits sank bis 1933 die Zahl der Erwerbstätigen von 1,27 Mio (1925) auf 1,25 Mio (1933). Das durchschnittliche Volkseinkommen fiel von 1135 RM (1928) auf 683 RM (1933).

AUFSTIEG UND ENDE DES „DRITTEN REICHES“

Erst in den Märzahlen 1933 war die NSDAP in Baden auf rund 45% der Stimmen und zur stärksten Partei im Land geworden. NS-Gauleiter Robert Wagner – 1945 in Strassburg hingerichtet – wurde von Hitler in Berlin zum



Plakat zur Südweststaatswahl am 9. 12. 1951

„Reichskommissar“ für Baden ernannt worden und ließ am 11. 3. 1933 die „alte Landesregierung“ absetzen. Die Zentralregierung in Berlin wurde auch für Baden, das „Musterländle“, maßgebend. Staatsstreichähnlich wurde das Regierungsgebäude in Karlsruhe von SA und Polizei umstellt, die Mitglieder der Landesregierung zogen nach Berlin um.

Am 17. 3. 33 erschoss der SPD-Landtagsabgeordnete Nussbaum zwei Polizeibeamte, die seine Wohnung durchsuchen wollten. Daraufhin ließ NS-Reichskommissar Wagner alle SPD- und KPD-Reichstagsabgeordneten in Baden in Schutzhaft nehmen. Zum Teil unter dem Gejohle der Menge wurden die Abgeordneten in neu errichtete Lager gebracht, von wo aus später viele in KZs überstellt und ermordet wurden. Nach dem sog. „Ermächtigungsgesetz“ des Reichstags für Hitler in der Kroll-Oper in Berlin hatte die NSDAP-Führung quasi Blankovollmacht und liess alle staatliche Organisationen um- bzw. gleichschalten mit Berlin. Am 30. 1. 1934 wurden die Landesparlamente per Reichsgesetz ganz aufgehoben.

Liberalismus, Parlamentarismus und stetige Demokratisierung, auf die Baden in seiner Geschichte nachweislich gesetzt hatten, waren am Boden zerstört. Daran konnte auch die von Reichs- und Gauleitung der NSDAP initiierte „Rückbesinnung“ auf das Alemannentum, d. h. die Orientierung auf germanische Vorfahren und Vorbilder in Kleidung, volkstümlicher Musik, bodenständiger Dichtung und Sitten nichts ändern. Auch diese Ära wird gut dokumentiert in der Ausstellung im Karlsruher Schloss.

TRENNUNG IN SÜD- UND NORDBADEN

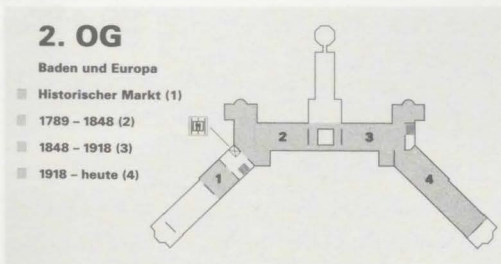
Relativ rasch kam nach 1945 das politische Leben in Baden wieder in Gang. Eine neue Partei, die „Badisch-Christlich-Soziale Volkspartei“ (BCSV) des späteren ersten Staatschefs Leo Wohleb fand viel Zulauf, errang bei den ersten Gemeindewahlen am 15. 9. 1946 in der französischen Zone „Südbaden“ rund 60% der Stimmen. Der französische General Pène segnete im Dezember 1946 eine erste südbadische Regionalregierung in Freiburg i. Br. mit sieben Staatssekretären und drei Staatskommissaren ab. Doch das Land Baden war vorläufig getrennt – wie schon vor 1771: Im nördlichen Zentrum mit Karlsruhe herrschten die Amerikaner, ebenso in Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern. Erst 1952 wurden die



Alltagskitsch der 50er Jahre

drei Verwaltungsbezirke Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern mit Südbaden zum neuen „Südweststaat“ mit der Landeshauptstadt Stuttgart vereinigt. Die vorausgegangene Volksabstimmung am 9. 12. 51 hatte nur in Südbaden eine hauchdünne Mehrheit von knapp 1,5% gegen den „Anschluss“ an die übrigen Teilbezirke des neues Bundeslandes ergeben. In einem erneuten, vom „Heimatlund Badenerland“ erzwungenen Volksentscheid am 7. 6. 1970 in Nord- und Südbaden votierten 81,9% für das Bundesland „Baden-Württemberg“ – das politisch einen Rückschritt für Baden bedeutete, da es keine Landeshauptstadt mehr besass und seine Einwohner sich im neuen Bundesland in numerischer Unterzahl befanden. De facto endet die eigenständige Geschichte Badens – zumindest vorläufig – mit diesem Datum.

Mit den Auseinandersetzungen um den nicht erfolgten Bau des Kernkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl lässt das politisch-historische Moment und Element der Ausstellung deutlich



nach, wird überdeckt von zivilisatorischen Problemen und Fragen wie dem rasant zunehmenden Autoverkehr, fortschreitender Technisierung des Alltagslebens, starker Zunahme der Studentenzahlen sowie der Scheidungsraten von Ehepaaren und schliesslich der vermehrte Zuzug ausländischer Wohn- und Arbeitsbevölkerung. Sogar die individuellen sportlichen



Filmprogramm „Schwarzwaldmädel“

Welterfolge badischer Sportler wie der Nordbadener Boris Becker und Steffi Graf werden eigens mit Schautafeln bedacht – ungeachtet der jahrelangen Querelen mit den beiden Athleten – die ihre grossen Geldvermögen vor allem im Ausland verdienten – wegen horrender Steuerschulden.

Landesausstellung „Baden und Europa 1918 bis heute“, Di-So, von 10–18 Uhr, Schloss Karlsruhe (neuer Katalog in Vorbereitung).

Anschrift des Autors:
Richard E. Schneider
72074 Tübingen